

## Amt der Wiener Landesregierung

MD-1155-1 und 2/86

Wien, 26. Juni 1986

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsverfassungsgesetz, das Mutterschutzgesetz 1979, das Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz, das Heimarbeitsgesetz 1960 und das Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz geändert werden (Arbeits- und Sozialgerichts-Anpassungsgesetz - ASGANpG);  
Stellungnahme

21	3e	GE/9/86
Datum:	30. JUNI 1986	
	2.7.86 se	

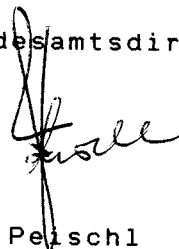
An das  
Präsidium des Nationalrates

Dr. Kayr

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der Beilage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilagen



Dr. Peischl  
Magistratsvizedirektor



## Amt der Wiener Landesregierung

MD-1155-1 und 2/86

Wien, 26. Juni 1986

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsverfassungsgesetz, das Mutterschutzgesetz 1979, das Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz, das Heimarbeitsgesetz 1960 und das Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz geändert werden (Arbeits- und Sozialgerichtsanpassungsgesetz - ASGANpG);  
Stellungnahme

zu Zl. 31.400/66-V/3/1986

An das  
Bundesministerium für  
soziale Verwaltung

Auf das Schreiben vom 14. Mai 1986 beehrt sich das Amt der Wiener Landesregierung bekanntzugeben, daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf keine Bedenken grundsätzlicher Art bestehen.

Einzelne Bestimmungen geben Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

Zu Art. I Z 9 lit. d:

Statt "§ 25 Abs. 4 zweiter Satz entfällt" sollte es richtig "§ 25 Abs. 4 dritter Satz entfällt" lauten.

Zu Art. I Z 34 lit. b:

Im § 130 Abs. 2 letzter Satz ArbVG ist das Wort "Einigungsamt" durch das Wort "Gericht" zu ersetzen.

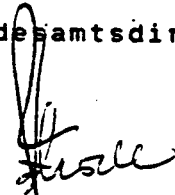
Zu Art. I Z 49:

Es fehlt die Bestimmung, daß der bisherige § 150a ArbVG zu entfallen hat.

- 2 -

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:



Dr. Peischl  
Magistratsvizedirektor